

Förschler/Steinle

Der Zivilprozess

Ein Lehrbuch für Referendariat
und Praxis

8., überarbeitete Auflage

Kohlhammer

Kohlhammer

Der Zivilprozess

Ein Lehrbuch für Referendariat und Praxis

Von

Professor Dr. jur. Peter Förschler

Professor für Wirtschaftsrecht, Corporate Compliance
und Zivilprozessrecht, Hochschule für Wirtschaft und Umwelt
Nürtingen-Geislingen
Honorarprofessor der Universität Hohenheim
Ehem. Richter am Landgericht

und

Dr. jur. Hermann Steinle

Direktor des Amtsgerichts Göppingen
Ehem. Ausbildungsleiter für Rechtsreferendare

begründet von

Professor Dr. jur. Hermann Förschler †

Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht
Honorarprofessor der Universität Hohenheim
Ehem. Ausbildungsleiter für Rechtsreferendare

8. überarbeitete Auflage

Verlag W. Kohlhammer

8. überarbeitete Auflage 2020

Alle Rechte vorbehalten

© W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Gesamtherstellung: W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Print:

ISBN 978-3-17-036198-0

E-Book-Formate:

pdf: 978-3-17-036199-7

epub: 978-3-17-036200-0

mobi: 978-3-17-036201-7

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwendung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Für den Inhalt abgedruckter oder verlinkter Websites ist ausschließlich der jeweilige Betreiber verantwortlich. Die W. Kohlhammer GmbH hat keinen Einfluss auf die verknüpften Seiten und übernimmt hierfür keinerlei Haftung.

Vorwort zur 8. Auflage

Das zur Stations- und Examensvorbereitung für Rechtsreferendare konzipierte Werk hatte in den Voraufgaben eine Erweiterung des Umfangs erfahren. In der vorliegenden Auflage wurde im Hinblick auf eine veränderte Arbeitsweise der genannten Zielgruppe der Stoff wieder reduziert und auf praxis- und examensrelevante Probleme fokussiert. Die Zahl der Rechtsprechungsnachweise wurde verringert und weitgehend auf Entscheidungen des BGH bzw. des BVerfG beschränkt. Wo eine Bezugnahme auf Kommentarliteratur angebracht war, wurde ausschließlich auf das Praxiswerk von Thomas/Putzo, Zivilprozessordnung, verwiesen.

Der Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Regelung der Wertgrenze für die Nichtzulassungsbeschwerde in Zivilsachen, zum Ausbau der Spezialisierung bei den Gerichten sowie zur Änderung weiterer zivilprozessrechtlicher Vorschriften vom 31.7.2019 wurde bereits in die vorliegende Auflage eingearbeitet, die daher den Aktualitätsstand zum 1.1.2020 aufweist.

Die praxisorientierte Darstellung des Zivilprozesses bleibt unverändert, sie vollzieht den logischen Gang einer gerichtlichen Auseinandersetzung von der Auslotung der Prozesschancen bis zum Revisionsurteil in chronologischer Abfolge nach. Gerade für Rechtsreferendare dürften die vielen examensrelevanten Beispiele, Musterentwürfe von Verfügungen, Beschlüssen oder Urteilen hilfreich sein.

Trotz großer Sorgfalt bei Einarbeitung der Änderungen lassen sich nicht immer Fehler vermeiden. Für Resonanz und Verbesserungsvorschläge sind wir dankbar.

Esslingen und Ulm, im September 2019

Die Verfasser

Gliederungsübersicht

1. Teil	Die Einleitung des zivilprozessualen Verfahrens	1
1. Kapitel	Entstehung von Rechtsstreitigkeiten, Möglichkeiten der Rechtsverfolgung und Organe der Gerichtsbarkeit.	1
2. Kapitel	Prozessvorbereitung	12
3. Kapitel	Das gerichtliche Mahnverfahren.	25
2. Teil	Die Durchführung des zivilprozessualen Verfahrens	35
1. Kapitel	Prozessvertreter, Postulationsfähigkeit und Prozessvollmacht	35
2. Kapitel	Die Bestimmung des zuständigen Gerichts	46
3. Kapitel	Die Klage	63
4. Kapitel	Die Anhängigkeit der Klage	78
5. Kapitel	Richterliche Eingangsverfügungen	82
6. Kapitel	Eintritt der Rechtshängigkeit durch Klageerhebung	90
7. Kapitel	Die Einlassung des Beklagten auf die Klage.	104
8. Kapitel	Die Verweisung	109
9. Kapitel	Prozessaufrechnung und Widerklage	113
10. Kapitel	Die richterliche Vorbereitung des Verhandlungstermins	118
11. Kapitel	Gütliche Streitbeilegung und Güteverhandlung.	123
12. Kapitel	Der Termin zur mündlichen Verhandlung beim Ausbleiben von Parteien	126
13. Kapitel	Der Termin zur mündlichen Verhandlung bei Erscheinen beider Parteien in besonderen Fällen	142
14. Kapitel	Der Termin zur mündlichen Verhandlung bei Erscheinen beider Parteien	145
15. Kapitel	Das Sitzungsprotokoll.	153
16. Kapitel	Praktische Bedeutung von Verfahrensgrundsätzen	157
3. Teil	Das Beweisverfahren	173
1. Kapitel	Beweisverfahren, Beweisantrag und Beweisaufnahme	173
2. Kapitel	Die einzelnen Beweismittel	187
3. Kapitel	Das Beweisergebnis	207
4. Kapitel	Das selbständige Beweisverfahren.	215
4. Teil	Die Beendigung des zivilprozessualen Verfahrens	221
1. Kapitel	Prozessbeendigung ohne Urteil	221
2. Kapitel	Die gerichtlichen Entscheidungen	238
5. Teil	Besondere Verfahren	259
1. Kapitel	Arrest und einstweilige Verfügung	259
2. Kapitel	Der Urkundenprozess.	268

Gliederungsübersicht

6. Teil	Rechtsmittel und Rechtsbehelfe	273
1. Kapitel	Rechtsmittel und Rechtsbehelfe im Allgemeinen	273
2. Kapitel	Die einzelnen Rechtsmittel	280
7. Teil	Anleitung zur Bearbeitung zivilrechtlicher Aktenstücke	287
1. Kapitel	Einführung in die richterliche Arbeitsmethode	287
2. Kapitel	Der Bericht	290
3. Kapitel	Das Gutachten	292
4. Kapitel	Das Zivilurteil	298
5. Kapitel	Checklisten für die richterliche Bearbeitung von Rechtsfällen	307

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 8. Auflage	V
Gliederungsübersicht	VII
Verzeichnis der Abkürzungen	XLV

1. Teil	Die Einleitung des zivilprozessualen Verfahrens	1
---------	---	---

1. Kapitel	Entstehung von Rechtsstreitigkeiten, Möglichkeiten der Rechtsverfolgung und Organe der Gerichtsbarkeit	1
------------	---	---

I.	Rechtskonflikte – Alternativen der Rechtsverfolgung	1
1.	Rechtskonflikte.	1
2.	Vor- und außergerichtliche Möglichkeiten der Streitbeilegung	1
a)	Mediation.	1
b)	Schiedsgerichtsbarkeit.	2
aa)	Voraussetzungen des schiedsrichterlichen Verfahrens.	2
bb)	Durchführung des schiedsrichterlichen Verfahrens	2
cc)	Beendigung des schiedsrichterlichen Verfahrens:	3
3.	Rechtsverfolgung vor staatlichen Gerichten	3
a)	Das gerichtliche Mahnverfahren.	3
aa)	Wesen.	3
bb)	Ablauf.	3
b)	Das Klageverfahren	4
aa)	Der Zivilprozess.	4
bb)	Das Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit	4
c)	Das selbständige Beweisverfahren.	5
II.	Die Organe der Gerichtsbarkeit	5
1.	Der Richter	5
a)	Die Besetzung der Gerichte.	5
b)	Richterliche Funktionen.	5
c)	Der Einzelrichter beim Landgericht	6
d)	Der Einzelrichter in Berufungs- und Beschwerdeinstanz	7
e)	Der Vorsitzende der Kammer für Handelssachen	7
f)	Der kommissarische Richter	7
aa)	Beauftragter Richter	7
bb)	Ersuchter Richter	8
g)	Ausschließung und Ablehnung von Richtern	8
aa)	Ausschließung von Richtern:	8
bb)	Ablehnung von Richtern.	9
2.	Der Rechtspfleger	10
3.	Der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle	11
4.	Der Gerichtsvollzieher	11

Inhaltsverzeichnis

2. Kapitel	Prozessvorbereitung	12
I.	Die Beurteilung der Prozesschancen	12
1.	Prüfung der Rechtslage	12
a)	Schlüssigkeit der Klage	12
b)	Berücksichtigung mutmaßlichen Verteidigungsvorbringens	12
c)	Prüfung der Beweislage	13
2.	Richtiger Zeitpunkt für die gerichtliche Geltendmachung	13
a)	Fälligkeit des Anspruchs	13
b)	Maßnahmen vor Klageerhebung	13
aa)	Mahnung	13
bb)	Fristsetzung	13
II.	Die Kosten eines Rechtsstreits im Überblick	14
1.	Gerichtsgebühren	14
2.	Rechtsanwaltsgebühren	14
a)	Vergütungsvereinbarung	15
b)	Gesetzliche Gebührentatbestände	15
aa)	Außergerichtliche Gebühren	15
bb)	Gerichtliche Gebühren	15
c)	Höhe der gesetzlichen Gebühren	15
3.	Gerichtliche Auslagen	16
III.	Die Prozesskostenhilfe (PKH)	16
1.	Das Bewilligungsverfahren	17
a)	Sachlicher Geltungsbereich der Prozesskostenhilfe	17
b)	Antragsprinzip	17
aa)	Antrag	17
bb)	Zuständiges Prozessgericht	17
cc)	Klageentwurf	17
dd)	Klage und Prozesskostenhilfegesuch	17
ee)	Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse	17
c)	Wirkungen	18
aa)	Verjährung	18
bb)	Fristwahrung bei Prozesshandlungen	18
d)	Rechtliches Gehör und Datenschutz	18
e)	Antragsberechtigte Personen	18
aa)	Natürliche Personen	18
bb)	Vertreter	18
cc)	Zessionare	19
dd)	Parteien kraft Amtes	19
ee)	Juristische Personen	19
2.	Materielle Voraussetzungen eines Prozesskostenhilfanspruchs	19
a)	Persönliche und wirtschaftliche Verhältnisse	19
aa)	Einkommen	19
bb)	Abzüge	19
cc)	Ratenzahlungen	20
dd)	Vermögen	20
ee)	Sonderfall	20

b)	Hinreichende Erfolgsaussicht der Rechtsverfolgung/Rechts-	20
aa)	Rechtsverfolgung	20
bb)	Rechtsverteidigung	20
cc)	Prüfungsmaßstab	20
dd)	Einzelfälle	20
c)	Keine Mutwilligkeit	21
3.	Die Entscheidung	21
a)	Vorbereitende Maßnahmen	21
aa)	Rechtliches Gehör	21
bb)	Glaubhaftmachung	21
cc)	Erhebungen	21
dd)	Mündlicher Erörterungstermin	21
b)	Beschlussverfahren	21
aa)	Beschleunigungsgebot	21
bb)	Beiordnung eines Rechtsanwalts	22
cc)	Beschluss	22
dd)	Rechtsmittel	23
4.	Wirkungen der Prozesskostenhilfe	23
a)	Kostenbefreiung gegenüber Rechtsanwalt und Staatskasse	23
b)	Erstattungsanspruch des siegreichen Gegners	23
c)	Kostenbefreiung des Gegners	23
5.	Nachträgliche Änderungen	23
a)	Nachträgliche Aufhebung der Bewilligung	23
b)	Änderung der festgesetzten Zahlungen	24
aa)	Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse	24
bb)	Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse	24
IV.	Die Beratungshilfe	25
3. Kapitel	Das gerichtliche Mahnverfahren	25
I.	Bedeutung und wesentliche Merkmale	25
II.	Voraussetzungen für den Erlass eines Mahnbescheids	25
1.	Zulässigkeitsvoraussetzungen	25
a)	Mahnfähiger Anspruch	25
b)	Keine Mahnverfahrenssperre	26
aa)	Verbraucherdarlehen mit überhöhtem Zins	26
bb)	Abhängigkeit von Gegenleistung	26
cc)	Öffentliche Zustellung des Mahnbescheids	26
dd)	Auslandszustellung	26
2.	Zuständigkeit des Mahngerichts	26
3.	Der Mahnantrag	27
a)	Form	27
b)	Inhalt	27
c)	Rücknahme	27
III.	Die Entscheidung über den Mahnantrag	27
1.	Monierung und Zurückweisung	27
a)	Monierung	27

Inhaltsverzeichnis

b)	Zurückweisung	27
2.	Erlass des Mahnbescheids.	28
a)	Form und Inhalt	28
b)	Hemmung der Verjährung	28
IV.	Das weitere Verfahren nach Zustellung des Mahnbescheids	28
1.	Erledigung des Verfahrens durch Zahlung	28
2.	Widerspruch des Antragsgegners.	28
a)	Frist	28
b)	Form	28
c)	Sperrwirkung	28
3.	Der Vollstreckungsbescheid	29
a)	Voraussetzungen	29
b)	Einspruch	29
V.	Übergang in das Streitverfahren nach Widerspruch gegen den Mahnbescheid	29
1.	Antrag auf Durchführung des streitigen Verfahrens	29
a)	Antrag	29
b)	Rücknahme des Antrags	29
2.	Abgabe an das Streitgericht	30
a)	Abgabeverfügung.	30
b)	Empfangsgericht	30
c)	Zuständigkeitsprüfung	30
d)	Rechtshängigkeit	30
3.	Die Anspruchsbegründung.	30
a)	Form und Inhalt	30
b)	Fristsetzung.	31
4.	Durchführung des Streitverfahrens	31
VI.	Übergang in das Streitverfahren nach Einspruch gegen den Vollstreckungsbescheid	31
1.	Abgabe an das Streitgericht	31
2.	Einspruchsprüfung	32
a)	Zulässigkeit.	32
b)	Rechtskraft	32
3.	Aufforderung zur Anspruchsbegründung	32
4.	Säumnis des Beklagten im Termin.	32
a)	Zweites Versäumnisurteil	32
b)	Unechtes Versäumnisurteil	33
c)	Erstes Versäumnisurteil.	33
2. Teil	Die Durchführung des zivilprozessualen Verfahrens	35
1. Kapitel	Prozessvertreter, Postulationsfähigkeit und Prozessvollmacht	35
I.	Der Rechtsanwalt	35
1.	Stellung und Organisationsformen	35
2.	Zulassung	35
3.	Gesetzliche anwaltliche Pflichten	36

a)	Allgemeine Berufspflicht	36
b)	Kanzleipflicht	36
c)	Grundpflichten	36
d)	Pflicht zur Mandatsübernahme	36
e)	Berufshaftpflichtversicherung	36
4.	Verhältnis zum Mandanten	37
a)	Vertragsbeziehung	37
b)	Vertragliche Pflichten	37
aa)	Sachverhaltsermittlung	37
bb)	Rechtsprüfung	37
cc)	Beratung	37
dd)	Prozessführung	37
c)	Vergütung	37
II.	Andere Rechtsvertreter	38
1.	Außergerichtliche Rechtsdienstleistungen	38
a)	Rechtsdienstleistungen	38
b)	Erlaubte Rechtsdienstleistungen ohne Registrierung	38
c)	Rechtsdienstleistungen durch registrierte Personen	39
2.	Gerichtliche Vertretung und Beistand	39
a)	Vertretung	39
b)	Beistand	39
3.	Rechtsberatung nach Spezialvorschriften	39
III.	Postulationsfähigkeit und Anwaltszwang	40
1.	Postulationsfähigkeit	40
a)	Begriff	40
b)	Eigene Postulationsfähigkeit der Partei	40
2.	Der Anwaltszwang und seine Ausnahmen	40
a)	Anwaltszwang	40
b)	Ausnahmen vom Anwaltszwang	41
aa)	Beauftragter oder ersuchter Richter	41
bb)	Erklärungen zu Protokoll der Geschäftsstelle	42
cc)	Anwaltliche Eigenvertretung	42
dd)	Verfahren vor dem Rechtspfleger	42
IV.	Die Prozessvollmacht	42
1.	Bestellung zum Prozessbevollmächtigten	42
2.	Erteilung der Vollmacht	43
3.	Umfang und Beschränkbarkeit von Prozessvollmachten	43
a)	Gesetzlicher Umfang	43
b)	Beschränkbarkeit	44
4.	Wirkung der Prozessvollmacht	44
a)	Zurechnung von Erklärungen	44
aa)	Prozesshandlungen	44
bb)	Tatsachenerklärungen	44
b)	Zurechnung von Verschulden	45
5.	Prüfung und Nachweis der Vollmacht	45
a)	Anwaltlicher Vertreter	45
b)	Nichtanwaltlicher Vertreter	45

Inhaltsverzeichnis

c)	Vollmachtloser Vertreter	45
aa)	Nicht behebbarer Vollmachtsmangel	45
bb)	Behebbarer Vollmachtsmangel	45
6.	Erlöschen und Fortbestand der Prozessvollmacht	46
a)	Erlöschen der Vollmacht	46
b)	Vollmacht bei Tod der Partei oder des Anwalts	46
2. Kapitel	Die Bestimmung des zuständigen Gerichts	46
I.	Zuständigkeit als Sachurteilsvoraussetzung	46
II.	Deutsche Gerichtsbarkeit und internationale Zuständigkeit	46
1.	Deutsche Gerichtsbarkeit	46
2.	Internationale Zuständigkeit deutscher Gerichte	47
III.	Der Rechtsweg	48
1.	Ordentliche Gerichtsbarkeit	48
2.	Rechtswegprüfung durch das Gericht	49
3.	Einzelfragen	49
a)	Umfang der gerichtlichen Entscheidungskompetenz	49
b)	Perpetuatio fori	50
c)	Rechtswegsperre	50
d)	Rechtsmittelverfahren	50
e)	Entsprechende Anwendung	50
IV.	Die sachliche Zuständigkeit	50
1.	Zuständigkeit des Amtsgerichts	50
a)	Streitigkeiten bis zur Wertgrenze 5000,- €.	50
b)	Wertunabhängige besondere Streitgegenstände	52
c)	Familiensachen, Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit	52
d)	Sonstige Zuständigkeiten	53
2.	Zuständigkeit des Landgerichts	53
a)	Streitigkeiten über 5.000,- €	53
b)	Wertunabhängige besondere Streitgegenstände	53
c)	Kammer für Handelssachen	53
V.	Die örtliche Zuständigkeit	54
1.	Der allgemeine Gerichtsstand	54
a)	Natürliche Personen	54
b)	Insolvenzverwalter	54
c)	Rechtsfähige Personengesellschaften	55
d)	Fiskus, Behörden	55
2.	Besondere Wahlgerichtsstände	55
a)	Gerichtsstand des Aufenthaltsortes	55
b)	Gerichtsstand der Niederlassung	55
c)	Gerichtsstand des Vermögens	56
d)	Gerichtsstand des Erfüllungsortes	56
e)	Gerichtsstand der unerlaubten Handlung	57
f)	Gerichtsstand der Widerklage	57
g)	Gerichtsstand des Hauptprozesses	57
h)	Sonstige	58

3.	Ausschließliche örtliche Gerichtsstände	58
a)	Dinglicher Gerichtsstand	58
b)	Gerichtsstand bei Miet- und Pachträumen.	58
c)	Ehe-, Kindschafts-, Unterhaltssachen.	58
d)	Mahnsachen	59
e)	Zwangsvollstreckungssachen	59
VI.	Die funktionelle Zuständigkeit.	59
VII.	Rechtsweg- und Gerichtsstandsvereinbarung	59
1.	Rechtswegvereinbarung	60
2.	Gerichtsstandsvereinbarung	60
a)	Grundsatz: Verbot der Prorogation.	60
b)	Ausnahme: Prorogation durch Kaufleute und andere	60
c)	Ausnahme: Prorogation bei fehlendem Gerichtsstand im Inland	61
d)	Ausnahme: Prorogation durch jedermann nach Entstehen der Streitigkeit	61
e)	Ausnahme: Prorogation bei Sitzverlegung des Beklagten ins Ausland oder unbekanntem Aufenthalt	61
f)	Ausnahme: Prorogation durch gemeinsames Abgabeverlangen im Mahnverfahren	61
g)	Schranken einer an sich zulässigen Gerichtsstandsvereinbarung	61
3.	Rügelose Einlassung	62
a)	Streitige Verhandlung.	62
aa)	Landgericht	62
bb)	Amtsgericht	62
b)	Säumnis des Beklagten	62
c)	Säumnis des Klägers.	62
d)	Ausschließliche Zuständigkeit	62
e)	Fall der Auslandsberührung	63
VIII.	Gerichtliche Gerichtsstandsbestimmung	63
3. Kapitel	Die Klage	63
I.	Die Parteien des Rechtsstreits.	64
1.	Die Bezeichnung der Partei im Zivilprozess	64
a)	Formeller Parteibegriff	64
b)	Bezeichnung der Partei.	64
aa)	Adressdaten	64
bb)	Gesetzliche Vertreter	64
cc)	Ungenauere Parteibezeichnung	64
2.	Die Parteifähigkeit.	64
a)	Begriff	64
b)	Unbeschränkte Parteifähigkeit	65
c)	Beschränkte Parteifähigkeit	65
d)	Fehlende Parteifähigkeit	65
e)	Beginn und Ende der Parteifähigkeit	65
3.	Die Prozessfähigkeit.	65
a)	Begriff	65
b)	Fehlende Prozessfähigkeit	66

Inhaltsverzeichnis

	aa) Geschäftsunfähige	66
	bb) Beschränkt Geschäftsfähige	66
	cc) Juristische Personen und Personengesellschaften	66
4.	Die Parteiänderung	66
	a) Die Parteierweiterung	66
	b) Der Parteiwechsel kraft Gesetzes	66
	c) Der gewillkürte Parteiwechsel	67
	aa) Begriff	67
	bb) Klägerwechsel	67
	cc) Beklagtenwechsel	67
	dd) Zwischenurteil	67
5.	Sachlegitimation, Prozessführungsbefugnis und Prozessstandschaft . . .	67
	a) Prozessführungsbefugnis und Sachlegitimation	67
	aa) Aktiv- und Passivlegitimation	67
	bb) Prozessführungsbefugnis	67
	b) Gesetzliche Prozessstandschaft	68
	aa) Gesetzliche Ermächtigung	68
	bb) Partei kraft Amtes	68
	c) Gewillkürte Prozessstandschaft	68
	aa) Begriff	68
	bb) Ermächtigung	68
	cc) Übertragbarkeit	68
	dd) Schutzwürdiges Eigeninteresse	69
6.	Beteiligung Dritter am Rechtsstreit	69
	a) Die Streitgenossenschaft	69
	aa) Begriff	69
	bb) Voraussetzungen	69
	cc) Einfache Streitgenossenschaft	69
	dd) Notwendige Streitgenossenschaft	70
	b) Nebenintervention und Streitverkündung	70
	aa) Nebenintervention	70
	bb) Streitverkündung	71
	cc) Befugnisse des Nebenintervenienten und des Streitverkündeten	71
	dd) Interventionswirkung	71
	c) Die Hauptintervention	72
II.	Gegenstand und Grund	72
	1. Der Streitgegenstand	72
	2. Bestimmte Angabe von Gegenstand und Grund des Anspruchs	73
	a) Gegenstand	73
	aa) Begriff	73
	bb) Klagesummen	73
	b) Grund	73
	aa) Lebenssachverhalt	73
	bb) Bezugnahmen	73
	cc) Rechtsnormen	73

III.	Der Klageantrag	74
1.	Bestimmtheit des Antrags.	74
2.	Verschiedene Klageantragsarten.	74
a)	Der Leistungsantrag allgemein.	74
b)	Der Unterlassungsantrag.	74
c)	Der Herausgabeanspruch	74
d)	Der Zahlungsantrag	75
aa)	Der bezifferte Klageantrag	75
bb)	Der unbezifferte Klageantrag	75
e)	Die Stufenklage	75
aa)	Begriff.	75
bb)	Voraussetzungen.	76
cc)	Verfahren.	76
dd)	Antragsstellung	76
f)	Der Feststellungsantrag.	76
aa)	Rechtsverhältnis	76
bb)	Feststellungsinteresse.	76
g)	Die Teilklage	77
3.	Weitere Angaben in der Klageschrift	77
IV.	Form der Klageschrift	78
4. Kapitel	Die Anhängigkeit der Klage	78
I.	Der Eingang der Klage	78
1.	Zeitpunkt des Eingangs	78
a)	Eingangsstellen	78
b)	Eingangsdatum	79
2.	Abschriften und Anlagen	79
II.	Die Anhängigkeit	79
1.	Begriff der Anhängigkeit	79
2.	Wirkungen der Anhängigkeit	79
a)	Rückwirkung der Zustellung.	79
aa)	Fristwahrung	79
bb)	Fristen.	79
cc)	Eingang bei Gericht	80
dd)	Zustellung demnächst.	80
b)	Zuständigkeitsbegründende Wirkung für Eilverfahren	80
aa)	Arrest	80
bb)	Einstweilige Verfügung	80
cc)	Selbständiges Beweisverfahren	80
c)	Wegfall des Klageanlasses während Anhängigkeit.	80
III.	Geschäftsverteilung und gesetzlicher Richter	81
1.	Die Registrierung der Klage	81
2.	Gesetzlicher Richter	81
a)	Definition.	81
b)	Zuständigkeitsbestimmung	81
c)	Rechtsfolgen bei Verstoß	81

Inhaltsverzeichnis

3.	Geschäftsverteilungsplan (GVP)	81
a)	Geschäftsverteilung durch das Präsidium	81
b)	Grundsätze	81
c)	Änderung der Geschäftsverteilung	82
d)	Kammer für Handelssachen (KfH)	82
e)	Geschäftsverteilung im Spruchkörper	82
5. Kapitel	Richterliche Eingangsverfügungen	82
I.	Die Streitwertfestsetzung	82
II.	Anordnung des schriftlichen Vorverfahrens	83
1.	Einleitung: Eingangsverfügungen	83
2.	Bedeutung des schriftlichen Vorverfahrens	83
a)	Begriff	83
b)	Vorteile und Nachteile	83
3.	Gegenstand der Anordnung des schriftlichen Vorverfahrens	83
a)	Freie Entscheidung des Richters.	83
b)	Aufforderung zur Verteidigungsanzeige	83
aa)	Anzeige der Verteidigungsabsicht	83
bb)	Frist	83
cc)	Reaktionsmöglichkeiten des Beklagten	84
c)	Aufforderung zur Klageerwiderung	84
aa)	Klageerwiderung	84
bb)	Frist	84
cc)	Reaktionsmöglichkeiten des Beklagten	84
4.	Anordnungen für den Termin zur mündlichen Verhandlung	85
III.	Anordnung des frühen ersten Termins	85
1.	Bedeutung des frühen ersten Termins	85
a)	Begriff	85
b)	Vorteile und Nachteile	85
c)	Abgrenzung zu anderen Terminen	85
2.	Gegenstand der Anordnung des frühen ersten Termins	86
a)	Terminsbestimmung und Ladung	86
aa)	Terminsbestimmung	86
bb)	Ladung	86
cc)	Persönliches Erscheinen.	86
b)	Aufforderung zur Klageerwiderung an den Beklagten.	87
aa)	Klageerwiderung	87
bb)	Frist	87
3.	Anordnungen zur Vorbereitung des Termins	87
a)	Replikfrist.	87
b)	Vorbereitungsmaßnahmen	87
IV.	Besondere Verfahrensgestaltung vor dem Amtsgericht	88
1.	Bagatellverfahren.	88
2.	Gesetzliche Vorgaben.	88
V.	Fristen und deren Berechnung	89
1.	Die Einlassungsfrist	89
2.	Die Ladungsfrist	89

3.	Die Fristverkürzung	89
4.	Die Fristberechnung	89
6. Kapitel	Eintritt der Rechtshängigkeit durch Klageerhebung	90
I.	Die Zustellung der Klageschrift	90
1.	Voraussetzungen der Klagezustellung	90
a)	Fehlender Gebührenvorschuss	90
b)	Vorliegen eines allgemeinen Verfahrenshindernisses	90
aa)	Unterbrechung und Aussetzung	90
bb)	Schluss der mündlichen Verhandlung	90
cc)	Fehlende Existenz der Partei	91
dd)	Fehlende Gerichtsbarkeit	91
c)	Mängel der Klageschrift	91
aa)	Formelle Mängel	91
bb)	Inhaltliche Mängel	91
2.	Die Zustellung	91
a)	Definitionen und Zwecke	91
aa)	Definitionen	91
bb)	Zustellungsbedarf	91
cc)	Zustellungsabsicht	92
dd)	Formlose Mitteilung	92
b)	Zustellungsarten	92
c)	Zustellungsorgane	92
3.	Durchführung der Amtszustellung	92
a)	Aufgaben der Geschäftsstelle	92
aa)	Zuständigkeit	92
bb)	Post und Justizbedienstete	92
cc)	Weisungen	92
dd)	Richterlicher Zustellungsauftrag	92
ee)	Form der zuzustellenden Schriftstücke	93
b)	Zustellungsadressaten	93
aa)	Adressat	93
bb)	Prozessunfähige	93
cc)	Bevollmächtigte	93
dd)	Prozessbevollmächtigte	93
c)	Zustellungswege	93
aa)	Aushändigung an Amtsstelle	93
bb)	Empfangsbekanntnis	94
cc)	Übermittlung durch Telefax und als elektronisches Dokument	94
dd)	Einschreiben mit Rückschein	94
ee)	Förmlicher Zustellungsauftrag	94
d)	Öffentliche Zustellung	96
aa)	Unbekannter Aufenthalt	96
bb)	Auslandszustellung nicht erfolversprechend	97
cc)	Juristische Person	97
dd)	Exterritoriale	97

Inhaltsverzeichnis

ee)	Bewilligung	97
ff)	Durchführung	97
gg)	Zustellungsfiktion	97
e)	Heilung von Zustellungsmängeln	97
4.	Zustellung auf Betreiben der Parteien	98
a)	Anwendungsbereich	98
b)	Durchführung der Zustellung im Parteibetrieb	98
aa)	Zustellungsauftrag an Gerichtsvollzieher	98
bb)	Ausführung der Zustellung	98
5.	Zustellung von Anwalt zu Anwalt	99
6.	Die Auslandszustellung	99
a)	Zustellungen nach Verordnung 1393/07/EG	99
b)	Zustellungen in Nichtvertragsstaaten der EG	99
aa)	Zustellung durch Einschreiben mit Rückschein	99
bb)	Zustellung durch Behörden	100
cc)	Zustellung durch diplomatische oder konsularische Vertretung	100
dd)	Zustellung durch Auswärtiges Amt	100
ee)	Öffentliche Zustellung	100
c)	Zustellungsbevollmächtigter	100
II.	Die Rechtshängigkeit	100
1.	Begriff der Rechtshängigkeit, Beginn und Ende	100
a)	Begriff	100
b)	Eintritt der Rechtshängigkeit	100
aa)	Klage	100
bb)	Mahnverfahren	100
cc)	Prozesskostenhilfesuch und Klage	101
dd)	Arrest oder einstweilige Verfügung	101
ee)	Haupt- und Hilfsanträge	101
ff)	Stufenklage	101
gg)	Feststellungsklage	101
hh)	Aufrechnung	101
ii)	Nachträglich erhobene Ansprüche	101
c)	Ende der Rechtshängigkeit	102
2.	Wirkungen der Rechtshängigkeit	102
a)	Materiell-rechtliche Wirkungen	102
aa)	Prozesszinsen	102
bb)	Haftungsverschärfung	102
cc)	Erledigung	102
b)	Prozessrechtliche Wirkungen	102
aa)	Prozesshindernis	102
bb)	Perpetuatio fori	102
cc)	Klageänderung	103
dd)	Veräußerung oder Abtretung der Streitsache	104

7. Kapitel	Die Einlassung des Beklagten auf die Klage	104
I.	Säumnis und Anerkenntnis	104
1.	Situation vor frühem ersten Termin	104
a)	Versäumen der Klageerwiderungsfrist	104
b)	Anerkenntnis	104
2.	Situation im schriftlichen Vorverfahren	104
a)	Versäumen der Verteidigungsanzeige	104
b)	Anerkenntnis	105
II.	Rüge fehlender Sachurteilsvoraussetzungen	105
1.	Von Amts wegen zu beachtende Sachurteilsvoraussetzungen	105
a)	Begriff der Sachurteilsvoraussetzung	105
b)	Arten der Sachurteilsvoraussetzungen	105
aa)	Persönliche Sachurteilsvoraussetzungen	105
bb)	Sachliche Sachurteilsvoraussetzungen	105
c)	Prüfung von Amts wegen	106
aa)	Amtsermittlung	106
bb)	Prüfungsreihenfolge	106
d)	Zeitpunkt der Rüge	107
aa)	Rüge durch Beklagten	107
bb)	Rechtzeitigkeit	107
e)	Zwischenstreit	107
2.	Verzichtbare Sachurteilsvoraussetzungen	107
a)	Einteilung der verzichtbaren Sachurteilsvoraussetzungen	107
b)	Zeitpunkt der Rüge	107
III.	Der Klageabweisungsantrag in der Sache	108
1.	Reine Rechtsausführungen	108
2.	Das Bestreiten von Tatsachen	108
3.	Einreden gegen die Klage	108
8. Kapitel	Die Verweisung	109
I.	Die Verweisung nach § 281 ZPO	109
1.	Anwendungsbereich	109
a)	Verfahrensarten	109
b)	Abgrenzungen	109
aa)	Rechtswegverweisung	109
bb)	Abgabe	109
c)	Spezialfall der Verweisung an die Kammer für Handelssachen (KfH)	109
2.	Voraussetzungen	110
a)	Zulässigkeit der Verweisung	110
b)	Umfang der Verweisung	110
c)	Antragsprinzip	110
aa)	Verweisungsantrag	110
bb)	Hilfsantrag	110
cc)	Form	110
dd)	Inhalt	110

Inhaltsverzeichnis

3.	Entscheidung über den Verweisungsantrag	110
a)	Beschlussverfahren	110
b)	Eigene Unzuständigkeit und Empfangsgericht	110
c)	Unabänderbarkeit	111
d)	Unanfechtbarkeit und Bindungswirkung	111
4.	Rechtsfolgen	111
a)	Einheit des Verfahrens	111
b)	Bindungswirkung	111
aa)	Grundsatz	111
bb)	Ausnahmen	112
5.	Kosten der Verweisung	112
II.	Die Rechtswegverweisung	112
1.	Die Verweisung nach § 17a GVG	112
2.	Vorabentscheidung	113
9. Kapitel	Prozessaufrechnung und Widerklage	113
I.	Die Aufrechnung im Prozess	113
1.	Die Aufrechnung als bürgerlich-rechtliches Rechtsgeschäft	113
2.	Die Geltendmachung der Prozessaufrechnung	113
a)	Rechtsnatur der Prozessaufrechnung	113
aa)	Einrede	113
bb)	Prozesshandlung	113
cc)	Keine Rechtshängigkeit	113
b)	Zeitpunkt der Prozessaufrechnung	113
c)	Formen der Prozessaufrechnung	113
aa)	Primäraufrechnung	113
bb)	Eventualaufrechnung	114
d)	Prüfungsreihenfolge bei Prozessaufrechnung	114
e)	Getrennte Verhandlung	114
3.	Rechtskräftige Entscheidung über die Aufrechnungsforderung	114
a)	Gerichtliche Entscheidungsbefugnis	114
aa)	Zivilrechtsweg	114
bb)	Andere Rechtswege	114
b)	Das Vorbehaltsurteil	115
c)	Rechtskraftfähige Entscheidung	115
aa)	Rechtskraftwirkung	115
bb)	Verspätung	115
cc)	Fehlende Substanziierung und Unschlüssigkeit	115
dd)	Fehlerhafte Prozesshandlung	115
d)	Kostenfolge bei Aufrechnung im Prozess	115
e)	Streitwert bei Prozessaufrechnung	115
II.	Die Widerklage	116
1.	Begriff der Widerklage	116
a)	Wesen der Widerklage	116
b)	Erhebung der Widerklage	116
2.	Allgemeine Sachurteilsvoraussetzungen der Widerklage	116
a)	Sachliche Zuständigkeit	116

b)	Örtliche Zuständigkeit	116
3.	Besondere Sachurteilsvoraussetzungen der Widerklage	117
a)	Rechtshängigkeit der Klage	117
b)	Parteien und Dritte	117
c)	Gleiche Prozessart	117
4.	Die Eventualwiderklage	117
5.	Kostenentscheidung bei Widerklage	118
10. Kapitel	Die richterliche Vorbereitung des Verhandlungstermins	118
I.	Die vorbereitenden Maßnahmen	118
1.	Aufforderung zur Ergänzung vorbereitender Schriftsätze	118
2.	Anforderung amtlicher Urkunden oder Auskünfte	118
3.	Anordnung des persönlichen Erscheinens der Parteien.	118
a)	Güteversuch	118
b)	Sachaufklärung	119
4.	Ladung von Zeugen und Sachverständigen.	119
a)	Antrag	119
b)	Sanktionen	119
c)	Vorschuss	119
5.	Aufforderung zur Vorlage von Urkunden	119
II.	Der vorterminaliche Beweisbeschluss nach § 358a ZPO	119
III.	Rechtliche Hinweise	120
1.	Erörterung und Fragerecht	120
2.	Pflicht zur Hinwirkung auf rechtzeitige und vollständige Erklärung . .	120
3.	Strukturierung des Prozessstoffes.	120
4.	Hinweis auf übersehene oder scheinbar unerhebliche Gesichtspunkte .	120
5.	Hinweispflicht bei Zulässigkeitsbedenken	121
a)	Rechtzeitigkeit der Hinweise	121
b)	Dokumentationspflicht.	121
c)	Fristsetzung.	121
6.	Verstöße und ihre Folgen	121
IV.	Aufhebung, Verlegung, Vertagung von Terminen	122
1.	Terminaufhebung	122
2.	Terminverlegung.	122
3.	Terminvertagung.	123
11. Kapitel	Gütliche Streitbeilegung und Güteverhandlung	123
I.	Grundsatz gütlicher Streitbeilegung	123
1.	Verfahrenssituationen.	123
a)	Schriftlicher Vergleichsvorschlag	123
b)	Obligatorische Güteverhandlung	123
c)	Vergleichsbemühungen des Gerichts im Termin	123
d)	Vorschlag außergerichtlicher Konfliktbeilegung.	124
2.	Formen der gütlichen Streitbeilegung	124
II.	Die obligatorische Güteverhandlung.	124
1.	Begriff.	124
2.	Durchführung des Gütetermins	125

Inhaltsverzeichnis

a)	Besetzung des Gerichts	125
b)	Anwesenheit der Parteien	125
c)	Ablauf	125
aa)	Erscheinen beider Parteien.	125
bb)	Erscheinen nur einer Partei	126
cc)	Erscheinen keiner Partei	126
12. Kapitel	Der Termin zur mündlichen Verhandlung beim Ausbleiben von Parteien	126
I.	Ausbleiben beider Parteien	126
1.	Säumnis beider Parteien in der Güteverhandlung	126
2.	Säumnis beider Parteien im Verhandlungstermin	126
3.	Die Entscheidung nach Lage der Akten	127
a)	Beschluss	127
b)	Urteil	127
c)	Terminverlegung	127
4.	Das Ruhen des Verfahrens	127
II.	Ausbleiben des Beklagten und Versäumnisverfahren	127
1.	Säumnis im Verhandlungstermin	127
a)	Säumnis	127
aa)	Nichterscheinen	127
bb)	Nichtverhandeln.	128
cc)	Ordnungsgemäße Ladung	128
b)	Verhandlungstermin.	128
2.	Die allgemeinen Sachurteilsvoraussetzungen.	128
3.	Die Schlüssigkeit der Klage	128
4.	Der Antrag auf Erlass eines Versäumnisurteils.	129
5.	Die Säumnisentscheidung	129
a)	Das echte Versäumnisurteil	129
b)	Zurückweisung des Antrags auf Erlass eines Versäumnisurteils	129
aa)	Zurückweisungsgründe	129
bb)	Zurückweisungsbeschluss	130
c)	Das unechte Versäumnisurteil	130
6.	Praktische Probleme im Versäumnisverfahren gegen den Beklagten.	130
a)	Erledigung der Hauptsache	130
b)	Sofortige Fortsetzung nach Säumnis.	131
III.	Versäumnisurteil gegen den Kläger	131
1.	Voraussetzungen	131
a)	Säumnis im Termin	131
b)	Sachurteilsvoraussetzungen	131
c)	Keine Schlüssigkeit der Klage	131
d)	Antrag	132
2.	Form	132
3.	Rechtsmittel und Rechtsbehelfe	132
IV.	Einspruch und Einspruchsverfahren	132
1.	Statthaftigkeit und Wesen des Einspruchs.	132
a)	Rechtsbehelf	132

b)	Vorläufige Vollstreckbarkeit	132
aa)	Einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung	132
bb)	Sicherheitsleistung	132
2.	Die Einspruchsschrift	133
a)	Adressat und Form	133
b)	Inhalt	133
aa)	Notwendiger Inhalt	133
bb)	Angriffs- und Verteidigungsmittel	133
c)	Zustellung	133
3.	Die Einspruchsfrist	134
4.	Die Einspruchsprüfung	134
5.	Die Einspruchsentscheidung	134
a)	Verwerfung des Einspruchs als unzulässig	134
aa)	Mit mündlicher Verhandlung	134
bb)	Ohne mündliche Verhandlung	134
b)	Zulässiger Einspruch und Terminbestimmung	135
aa)	Zwischenurteil	135
bb)	Termin über Einspruch und Hauptsache	135
6.	Verfahren nach zulässigem Einspruch gegen ein Versäumnisurteil	135
a)	Rückversetzung in den Zustand vor Säumnis	135
aa)	Rügelose Einlassung durch Säumnisantrag	135
bb)	Klagerücknahme ohne Einwilligung des Beklagten	136
cc)	Flucht in die Säumnis	136
b)	Neue Antragstellung	136
c)	Die Entscheidung in der Hauptsache	136
aa)	Aufrechterhalten, abändern oder aufheben	136
bb)	Keine Aufhebung und Neufassung	136
d)	Die Nebenentscheidungen nach vorangegangenem Versäumnisurteil	137
aa)	Kosten	137
bb)	Vollstreckbarkeit	137
e)	Weitere Fälle der Berücksichtigung eines Versäumnisurteils	137
aa)	Prozessvergleich	137
bb)	Klagerücknahme	137
cc)	Übereinstimmende Hauptsachenerledigung	138
7.	Das zweite Versäumnisurteil	138
a)	Säumnis im Einspruchstermin	138
b)	Zulässiger Einspruch	138
c)	Weitere Voraussetzungen	138
d)	Entscheidung und Rechtsmittel	139
aa)	Tenor	139
bb)	Rechtsmittel	139
V.	Die Entscheidung nach Lage der Akten	139
VI.	Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	140
1.	Versäumnung von fristgebundenen Prozesshandlungen	140
2.	Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	140
a)	Notfrist, Begründungsfrist, Wiedereinsetzungsfrist	140

Inhaltsverzeichnis

b)	Kein Verschulden an Fristversäumung	140
c)	Wiedereinsetzungsantrag.	141
aa)	Antrag.	141
bb)	Frist	141
cc)	Inhalt	141
3.	Verfahren bei Wiedereinsetzung	141
13. Kapitel	Der Termin zur mündlichen Verhandlung bei Erscheinen beider Parteien in besonderen Fällen	142
I.	Anerkenntnis und Anerkenntnisurteil.	142
1.	Das Anerkenntnis	142
a)	Wesen des Anerkenntnisses	142
aa)	Begriff und Rechtsnatur	142
bb)	Unwiderruflichkeit und Unanfechtbarkeit	142
cc)	Abgrenzung zum Geständnis	142
b)	Unzulässigkeit des Anerkenntnisses	142
c)	Form des Anerkenntnisses.	143
2.	Das Anerkenntnisurteil	143
a)	Voraussetzungen	143
b)	Umfang gerichtlicher Prüfung.	143
c)	Anerkenntnisentscheidung	143
aa)	Urteil	143
bb)	Kosten.	144
cc)	Klageveranlassung.	144
dd)	Sofortiges Anerkenntnis	144
ee)	Sonderfälle	144
ff)	Vollstreckbarkeit.	144
d)	Rechtsmittel	145
II.	Verzicht und Verzichtsurteil	145
1.	Der Verzicht.	145
2.	Das Verzichtsurteil.	145
14. Kapitel	Der Termin zur mündlichen Verhandlung bei Erscheinen beider Parteien	145
I.	Der frühe erste Termin und der Haupttermin	145
1.	Inhaltliche Identität.	145
2.	Tatsächliche Unterschiede.	146
3.	Selektions- und Vorbereitungseffekt.	146
II.	Terminsablauf	146
1.	Funktionen des Vorsitzenden in der mündlichen Verhandlung.	146
a)	Verhandlungsleitung des Vorsitzenden	146
aa)	Eröffnung	146
bb)	Worterteilung.	146
cc)	Schließen der mündlichen Verhandlung	146
b)	Sitzungspolizei	146
aa)	Maßnahmen	146
bb)	Ungehorsam	147

cc)	Ungebührliches Verhalten	147
c)	Beanstandung von Maßnahmen des Vorsitzenden	147
2.	Aufruf der Sache	147
3.	Feststellung der Erschienenen	147
a)	Protokollfeststellung	147
b)	Verweisung von Zeugen aus dem Saal	147
c)	Ordnungsgeld	148
4.	Beginn der mündlichen Verhandlung	148
a)	Antragstellung	148
aa)	Verlesung der Sachanträge	148
bb)	Verlesung aus Niederschrift	148
cc)	Bezugnahme auf Schriftsätze	148
dd)	Protokoll	148
b)	Folgen der Antragstellung	148
5.	Erörterung des Streitverhältnisses	149
a)	Einführung in den Sach- und Streitstand	149
b)	Erörterung	149
aa)	Erschöpfende Erörterung	149
bb)	Vortrag der Parteien	149
cc)	Anhörung der Parteien	149
dd)	Zügige Verhandlung	150
ee)	Abgesonderte Verhandlung	150
ff)	Güteversuch	150
6.	Beweisaufnahme	150
7.	Schlussverhandlung	150
a)	Gelegenheit zur Stellungnahme für die Parteien	151
b)	Information über Beweisergebnis	151
c)	Außerprozessgerichtliche Beweisaufnahme	151
8.	Schluss des Verhandlungstermins und Verkündung der Entscheidungen	151
a)	Schluss der mündlichen Verhandlung	151
b)	Verkündung der Entscheidung	151
aa)	Stuhlurteil	151
bb)	Verkündungstermin	152
c)	Ausnahmsweise: Wiedereröffnung der mündlichen Verhandlung	152
15. Kapitel	Das Sitzungsprotokoll	153
I.	Die Aufgabe der Protokollführung	153
1.	Protokollzwang	153
2.	Protokollführer	153
3.	Vorläufige Protokollaufzeichnung	153
4.	Beweisfunktionen des Protokolls	153
II.	Der Inhalt des Protokolls	154
1.	Förmlichkeiten und äußere Gegebenheiten	154
2.	Wesentliche Vorgänge in der Verhandlung	154
3.	Notwendige Feststellungen	154
4.	Protokollanlagen	155

Inhaltsverzeichnis

5.	Anträge zum Protokoll.	155
6.	Besonderheiten beim Amtsgericht.	156
III.	Fertigstellung des Protokolls	156
1.	Genehmigung des Protokolls	156
2.	Unterzeichnung des Protokolls	156
3.	Berichtigung des Protokolls	156
16. Kapitel	Praktische Bedeutung von Verfahrensgrundsätzen	157
I.	Dispositionsgrundsatz und Beibringungsgrundsatz	157
1.	Der Dispositionsgrundsatz	157
a)	Begriff	157
b)	Ausprägungen	157
2.	Der Beibringungsgrundsatz	157
a)	Begriff	157
b)	Ausprägungen	157
c)	Durchbrechungen	158
aa)	Wahrheitspflicht.	158
bb)	Richterliche Aufklärungspflicht	158
cc)	Anordnung des persönlichen Erscheinens	158
dd)	Beweiserhebungen von Amts wegen	158
ee)	Würdigung des Parteivortrags und der Beweise.	159
ff)	Rechtsanwendung.	159
d)	Der Untersuchungsgrundsatz.	159
e)	Ermittlung von Amts wegen	159
II.	Der Mündlichkeitsgrundsatz	160
1.	Begriff und Anwendungsbereiche	160
a)	Begriff	160
b)	Anwendungsbereiche	160
aa)	Urteilsverfahren	160
bb)	Beschussverfahren.	160
2.	Durchbrechungen des Mündlichkeitsgrundsatzes	161
a)	Zugelassene nachgereichte Schriftsätze	161
b)	Das schriftliche Verfahren	162
aa)	Parteizustimmung.	162
bb)	Verfahren.	162
cc)	Entscheidung	162
III.	Der Grundsatz der Unmittelbarkeit	162
1.	Begriff und Anwendungsbereiche	162
2.	Ausnahmen vom Unmittelbarkeitsgrundsatz.	163
IV.	Der Grundsatz der Öffentlichkeit	163
1.	Begriff und Bedeutung.	163
a)	Mündliche Verhandlung	163
b)	Beschränkungen der Öffentlichkeit	164
2.	Ausschließung der Öffentlichkeit	164
a)	Familiensachen und Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit	164
b)	Schutz der Privatsphäre.	164

c)	Gefährdung der Sicherheit, Geheimnisschutz, Jugendliche	164
3.	Ton- und Filmaufnahmen, Fernseh- oder Rundfunkübertragungen . . .	164
V.	Der Konzentrationsgrundsatz	165
1.	Konzentration und Beschleunigung	165
2.	Prozessförderungspflicht des Gerichts	165
3.	Prozessförderungspflicht der Parteien	165
a)	Allgemeine Prozessförderungspflicht	166
aa)	Sachurteilsvoraussetzungen	166
bb)	Angriffs- und Verteidigungsmittel	166
b)	Pflicht zur Einhaltung von Fristen	166
aa)	Richterliche Frist	166
bb)	Form und Inhalt der Fristsetzung	167
cc)	Fristverlängerung	167
4.	Zurückweisung verspäteten Vorbringens: Präklusion	167
a)	Begriff und Bedeutung	167
b)	Voraussetzungen der Präklusion nach § 296 Abs. 1 und 2 ZPO . .	167
aa)	Verspätung	168
bb)	Verschulden	168
cc)	Verzögerung	168
dd)	Kausalität	168
c)	Umgehung der Präklusion nach § 296 Abs. 1 und 2 ZPO	168
aa)	Flucht in die Säumnis	169
bb)	Klageerweiterung – Widerklage	169
d)	Voraussetzungen der Präklusion nach § 296 Abs. 3 ZPO	169
5.	Zurückweisung in der Berufungsinstanz	169
a)	Erstinstanzlich präkludierter Vortrag	169
b)	Erstinstanzlich zurückgehaltener Vortrag	169
aa)	Keine Nachlässigkeit	169
bb)	Erkennbares Übersehen eines Gesichtspunktes	170
cc)	Unterbleiben von Vortrag infolge Verfahrensmangels	170
c)	Zweitinstanzlich verspäteter Vortrag	170
d)	Verzichtbare Zulässigkeitsrügen	170
6.	Exkurs: Verlust von Verfahrensrügen nach § 295 ZPO	170
VI.	Das rechtliche Gehör	171
1.	Begriff und Bedeutung	171
a)	Gelegenheit zur Äußerung	171
b)	Hinweise des Gerichts	172
c)	Recht auf Kenntnissnahme	172
d)	Ausnahmen	172
2.	Verstoß gegen den Grundsatz des rechtlichen Gehörs	172
a)	Allgemeine Rechtsmittel	172
b)	Gehörsrüge nach § 321a ZPO	172